

N i e d e r s c h r i f t

JHA/017/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 09.05.2007**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Stefan Akamp
Herr Achim Bietmann SPD
Herr Raphael Bögge CDU
Frau Christel Brachmann CDU
Herr Josef Feismann
Herr Frank Hemelt SPD
Herr Hermann-Josef Kohnen CDU
Frau Monika Lulay CDU
Herr Siegfried Mau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Rick
Herr Carsten Timpe
Frau Waltraud Wunder SPD

beratende Mitglieder:

Frau Susanne Grotschulte
Frau Ines Plien

Von der Verwaltung:

Herr Wolfgang Neumann
Herr Reimund Gausmann
Herr Ewald Piepel
Frau Diana Besseling
Herr Hubert Lammerding als Schriftführer

Vertreter:

Frau Kübra Demirbas
Frau Sylvia Egelkamp
Frau Ute Ehrenberg
Herr Florian Elixmann CDU
Herr Alfred Holtel FDP
Herr Josef Niehues CDU
Herr Michael Sievers SPD
Herr Helmut Tiekötter
Herr Matthias Werth

beratende Mitglieder:

Herr Harald Klammann
Herr Bernhard Mersch
Herr Ludger Schöpfer
Herr Bernhard Wilbers

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ein Kinder- Jugendforum statt.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am 22. März 2007**

I/A/301 Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22.03.2007 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg berichtet, dass die Beschlüsse ausgeführt seien.

3. Informationen

I/A/360 Frau Ehrenberg verweist auf die schriftlich vorliegenden Informationen. Zusätzlich informiert sie über zwei weitere Themen:

1. zur Familienbefragung
Ende März 2007 wurden 2.000 Haushalte mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit einem Fragebogen angeschrieben.
Zum 26.4. wurden alle 2000 Haushalte noch einmal mit einem Schreiben an die Befragung erinnert.

Bis heute sind 725 = 36,25% der Fragebögen zurückgekommen. Damit befinden wir uns Anzahlmäßig für eine repräsentative Auswertung be-

reits im „Grünen Bereich“. Die Rücklauffrist endet am 16. Mai.

2. Zum Modellprojekt Förderung von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren:

Auf die Berichterstattung zu diesem Thema in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01. Feb. 2007 wird verwiesen.

Der AWO-Kindergarten in Rheine hat sich beim Landesjugendamt zur Teilnahme an dem Projekt beworben.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/518 Frau Grotschulte berichtet.

Die Vorgehensweise der Verwaltung bezüglich der Umsetzung der Familienbefragung habe beim Familienbeirat zu Unmut geführt. Obwohl die Erstellung des Familienberichtes auf Initiative und auf Antrag des Familienbeirates auf den Weg gebracht wurde, seien die Anregungen des Beirates bei der Erstellung des Fragebogens nur wenig berücksichtigt worden. Im Oktober 2005 habe der Familienbeirat sich intensiv mit dem Thema befasst und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ein Konzept erarbeitet. Seitdem habe man nichts mehr davon gehört. Mit der Einladung zum Pressegespräch zu Beginn der Familienbefragung sei man vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Frau Ehrenberg erinnert daran, dass bei der Gründung des Familienbeirates seitens der Verwaltung ganz deutlich gesagt wurde, dass für die Betreuung des Familienbeirates verwaltungsseitig keine Kapazitäten zur Verfügung stehen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Die Beauftragung wurde durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen. Dieser hat auch die Vergabe und die Inhalte der Berichterstattung festgelegt. Der Fragebogen wurde von erfahrenen, sozialwissenschaftlich geschulten Fachleuten erstellt. Entscheidend ist, dass durch diesen Fragebogen auswertbare und aussagekräftige Ergebnisse erzielt werden. Der nun genutzte Fragebogen ist bereits in etlichen Städten genutzt worden, so dass auch eine Vergleichbarkeit zu anderen Familienberichten, die das gleiche Erhebungsinventar genutzt haben, gegeben ist.

Eine Erweiterung des Fragebogens hätte dieses Ergebnis gefährdet.

Im Pressegespräch wurde die Rolle des Familienbeirates ausdrücklich seitens der Verwaltung hervorgehoben. Die Verwaltung hat jedoch keinen Einfluss darauf, wie und was die Presse letztendlich berichtet.

Es erfolgt eine weitere Aussprache zu der Thematik, bei der festgestellt wird, dass es sich offenkundig hier um ein Kommunikationsproblem zwischen Familienbeirat und Verwaltung gehandelt habe. Es müssten jetzt Wege gefunden werden, diese zukünftig zu vermeiden.

Frau Ehrenberg bedankt sich für die Anregungen. Sie wird sie aufgreifen und zur gegebener Zeit diese hier im Ausschuss diskutieren.

5. Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren
Vorlage: 197/07

I/A/1967 Zu diesem Tagesordnungspunkt erklären sich Frau Wunder, Herr Timpe, Herr Werth, Herr Klammann, Herr Rick und Herr Kohnen für befangen. Sie verlassen den Beratungstisch.
Frau Wunder wird für diesen Punkt von Frau Sievers, Herr Rick von Frau Egelkamp vertreten

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage.
Herr Bellinvia als Vertreter der AG 78 möchte in Zukunft sichergestellt wissen, dass bei dem Kriterium Trägervielfalt ein angemessener Proporz der hier in Rheine vorhandenen Träger berücksichtigt werden wird.

Nach kurzer Aussprache wird folgender Beschluss gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Ministerium für Generationen, Familie Frauen und Integration des Landes NRW im Rahmen der 2. Ausbaustufe zur Schaffung von Familienzentren die 3 nachstehend genannten Bewerber zu melden:

1. Ev. Kindergarten Jakobi,
Mittelstraße 105 als Einzelbewerber
2. Caritas-Kindertagesstätte Ellinghorst,
Freiherr-von-Beust-Straße 20, als Einzelbewerber
3. Kath. Kindergarten St. Marien,)
Osnabrücker Straße 339,) als Verbundbe-
Haus der Kinder St. Martin,) werbung
Osningstraße 136,)

Abstimmungsergebnisse: einstimmig

Frau Wunder, Herr Timpe, Herr Werth, Herr Klammann und Herr Rick kehren an den Beratungstisch zurück.

- 6.** Sanierung der Feuchtigkeitsschäden im St. Joseph-Kindergarten in Rodde
Vorlage: 207/07

I/A/2614 Nach kurzer Aussprache wird folgender Beschluß gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Kath. Kirchengemeinde St. Mariä-Himmelfahrt in Rheine zur Sanierung der Feuchtigkeitsschäden am Kindergarten St. Joseph in Rheine-Rodde, Malterstraße 22 einen städt. Zuschuss in Höhe von 25 % der anererkennungsfähigen Kosten zu gewähren. Die Zuschussgewährung wird davon abhängig gemacht, dass das Landesjugendamt Westfalen Lippe sich an den Sanierungskosten mit 50 % der anererkennungsfähigen Kosten beteiligt. Die anererkennungsfähigen Kosten betragen vorbehaltlich der Prüfung durch das Landesjugendamt 87.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Kohnen kehrt an den Beratungstisch zurück

- 7. Kommunaler Kinder- und Jugendhilfeplan**
Vorlage: 209/07

I/A/2749 Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und beschreibt das weitere Verfahren.
Herr Neumann führt vertiefend in das Thema ein.

In der sich anschließenden Aussprache wird nachgefragt, ob eine differenziertere Altersgruppeneinteilung der unter 18-jährigen vorgenommen werden könne wie z.B. 0 bis 5, 6 bis 9, 10 bis 13 und 14 bis 17

Herr Kohnen erklärt, dass es seitens der CDU-Fraktion für sehr wichtig gehalten werde zeitnah über die Entwicklung der offenen Jugendarbeit nachzudenken. Er bittet die Verwaltung, noch vor den Sommerferien in Vertragsverhandlungen mit den Trägern einzusteigen, mit dem Ziel, zumindest den Status Quo zu erhalten.

Herr Niehues fragt an, ob die Ziele und Schwerpunkte im Jugendförderplan abgeglichen seien mit den Zielen und Schwerpunkten im parallel erstellten integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept.

Herr Schöpfer erklärt, dass er zurzeit keine Widersprüche erkennen würde. Er werde dies jedoch noch einmal überprüfen lassen.

Herr Bietmann verteilt anlässlich der derzeitigen Diskussion über Sporthallenbenutzungsgebühren im Sportbereich einen Antrag der SPD-Fraktion (siehe Anlage), der die Wichtigkeit der sportlichen Jugendarbeit unterstreicht und die Mitglieder des Sportausschusses bittet, diese Erkenntnis bei der anstehenden Entscheidung zu berücksichtigen.

Frau Ehrenberg sagt zu, den Antrag der SPD-Fraktion in die Arbeitsgruppe mitzunehmen, die sich mit den Hallenbenutzungsgebühren

auseinandersetzt.

Herr Bietmann erklärt, dass damit dem SPD-Antrag genüge getan sei.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Entwurf des 1. Kinder- und Jugendförderplanes für die Stadt Rheine zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Unterausschuss „Jugendarbeit und Kindertagesstätten“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Akamp bedankt sich bei all denen, die zur Erarbeitung des Jugendförderplanes beigetragen haben. Insbesondere hebt er die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und den beteiligten Verbänden hervor.

**8. Fachpolitisches Controlling: Bericht über die Erziehungshilfen im I. Quartal 2007 und Zwischenbericht zum Projekt der strategischen Steuerung
Vorlage: 208/07**

I/B/0946 Herr Schöpfer erläutert die Vorlage. Zusammenfassend stellt er fest, dass im Projekt strategische Steuerung in der Heimerziehung erste Erfolge sichtbar werden.

Finanziell werden diese Erfolge allerdings überlagert durch einen Finanzmehrbedarf im Bereich der ambulanten Hilfen.

Durch die Sensibilisierung der Bevölkerung durch Pressemeldungen über Kindervernachlässigungen und Kindesstörungen komme es vermehrt zu Meldungen beim Jugendamt, die hier auch aufgegriffen und ernst genommen werden.

Bei Hochrechnung der derzeitigen Ergebnisse müsse davon ausgegangen werden, dass es bis zum Jahresende einen Fehlbetrag in Höhe von etwa 300.000,00 € geben werde. Er gehe jedoch davon aus, dass sich das Ergebnis bis zum Jahresende verbessern lasse.

Herr Kohlen glaubt, dass es nun noch zu früh sei, um verlässliche Aussagen darüber zu treffen, wie die Situation am Ende des Jahres aussehen wird. Er folge aber der Auffassung der Verwaltung, dass bei gemeldeten Kindesvernachlässigungen mit großer Sorgfalt herangegangen werden müsse.

Er bat um weitere Auskunft zum Interkommunalen Vergleich und um den Verkauf der ASD-Datenbank JUGA2.

Herr Bietmann erwartet wegen des genannten Defizits von der Verwaltung die Vorlage einer Konzeption mit Handlungsvorschlägen, wie diesem begegnet werden könne.

Herr Schöpfer gibt weitere Informationen zum Interkommunalen

Vergleich und zum Verkauf der Datenbank JUGA2 an die GEBIT Münster.

Weiter berichtet er, dass die Verwaltung seit Beginn des Jahres dauernd versuche, der Entwicklung entgegen zu steuern. Darüber fänden fast täglich Gespräche im Amt statt. Die Verwaltung des Jugendamtes setze auf das Projekt.

Im Übrigen sei man sich darüber einig, dass das Wohl der betroffenen Kinder im Vordergrund stehe und es in Rheine keine Jugendhilfe nach Kassenlage geben dürfe.

Der Jugendhilfeausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht I. Quartal 2007 zum fachpolitischen Controlling und den 1. Zwischenbericht zur strategischen Steuerung in der "Heimerziehung, Verselbständigung, Reintegration und Vollzeitpflege" zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

I/B/1560 Fragen werden nicht gestellt

9. Zwischenbericht für das I. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses - Vorlage: 200/07

I/B/1580 Der Bericht wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen

11. Anfragen und Anregungen

I/B/1638 Herr Bietmann bittet um Informationen zum Sprachstandsfeststellungsverfahren in Rheine.
Frau Ehrenberg verweist auf die Informationen im nichtöffentlichen Teil.

Frau Wunder lädt die Anwesenden ein, sich über das Thema KiBiz zu informieren. Sie weist in diesem Zusammenhang auf eine Veranstaltung am 10.05. und auf die vielfältigen Informationsmöglichkeiten im Internet hin.

Frau Ehrenberg weist daraufhin, dass der Verwaltung zurzeit noch keine Informationen vorliegen, die sie in der Lage versetzen würde, dieses Thema anzugehen. Das Landesjugendamt rechnet mit Mehrkosten zwischen 10% und 25%.

Es ist im Kreis Steinfurt beabsichtigt, eine gemeinsam entwickelte Elternbefragung durchzuführen.

Hemelt
Stv. Ausschussvorsitzender

Lammerding
Stv. Schriftführer